

Aufruf zur Unbequemlichkeit - im Sinne des Miteinanders

Die SP ist GarantIn des MITEINANDERS. In Zeiten, in denen die Gesundheitskosten explodieren, Klimaziele mit Füßen getreten werden, die Besitzer grosser Kapitalvermögen bevorzugt werden und nationalistische Tendenzen erschreckend Oberhand gewinnen, ist das MITEINANDER besonders notwendig.

Mit unserem Aufruf zur Unbequemlichkeit wollen wir wachrütteln. Unbequem zu sein, bedeutet jedoch nicht nur, Widerstand zu leisten und Missstände anzuprangern. Wir sind auch bereit, anzupacken und konstruktiv Projekte im Sinne des MITEINANDERS und im Interesse der gesamten Bevölkerung zu lancieren. So können wir gemeinsam eine Welt gewinnen. Unsere Projekte:

1. Mit der Initiative «Versorgungsregion Sântis» unterstützen wir mit über 200 Mitunterzeichnenden gemeinsam und sachlich ein günstigeres Gesundheitswesen. Auf dem Sântis treffen die drei Kantone St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden zusammen. Dieses Symbol des MITEINANDERS ist Grundlage zur Zusammenarbeit der drei Sântiskantone für tiefere Gesundheitskosten.



2. Wir erarbeiten eine Initiative zum Proporzsystem bei den Grossratswahlen – mit dem Ziel, andere Parteien ins Boot zu holen. Damit kämpfen wir gemeinsam für mehr politische Teilhabe und für ein Wahlsystem, das dem Willen der WählerInnen mehr Rechnung trägt.

3. Wir setzen uns auf kantonaler Ebene bei der Umsetzung der Steuerreform 17 (Nachfolge der USR III) ein, dass Steuerausfälle verhindert

und der ruinöse interkantonale Steuerwettbewerb gestoppt wird. Unser reicher Kanton darf nicht die Unternehmensgewinnsteuern um einen Viertel senken und auf Kosten des Mittelstands Verbilligungen der Krankenkassenprämien streichen.

4. Wir unterstützen in unserem Kanton Projekte zu bezahlbarem Wohnraum für alle.

5. Wir schützen Umwelt und Klima.

Deshalb fördern wir erneuerbare Energien und stehen hinter dem «Windpark Obereggen».

6. Wir unterstützen die «Automatische Mikrosteuer auf allen elektronischen Buchungen». Sie steht für ein unbürokratisches und gerechtes Steuersystem, das die Raubzüge auf den mächtigen und intransparenten Finanzmärkten bündigt: www.micro-tax.ch

7. Wir bekennen uns zur «Arbeit für alle». Massnahmen zum Kündigungsschutz älterer Arbeitnehmender müssen gestärkt und Menschen im Asylbereich mit einer Bildungs- und Arbeitsoffensive möglichst früh in den Beschäftigungsprozess integriert werden.

8. Wir kämpfen für die Umsetzung der seit 1981 in unserer Bundesverfassung verankerten Gleichstellung von Mann und Frau.

9. Unsere Diskussionsplattform «APPENZEL DISKUTIERT» trägt zu öffentlichen politischen Debatten bei. Unabhängig von tagespolitischen Aktualitäten diskutieren wir an jährlich drei bis vier Anlässen gesellschaftlich relevante Themen.

SP 60+

Die SP60+ macht sich für die Interessen der älteren Generation in der Schweiz stark – innerhalb der SP und darüber hinaus. So kämpft sie zum Beispiel konsequent für einen besseren Schutz vor Entlassung für Arbeitnehmende über 50 oder dafür, dass die aktuelle Reform «Altersvorsorge 2020» endlich eine Rentenerhöhung bringt, die allen ein Alterwerden in Würde garantiert.

www.sp60plus.ch

SP MIGRANT/INNEN

Die SP hat bei vielen Menschen mit Migrationshintergrund einen guten Ruf. Viele richten ihre Hoffnungen und Erwartungen an sie. Dennoch sind MigrantInnen in der SP insgesamt untervertreten. Das soll sich ändern. Unser Ziel ist es, allen in der Schweiz wohnhaften Personen mit Migrationshintergrund innerhalb und ausserhalb der Partei zu einer besseren Partizipation und politischen Repräsentation zu verhelfen.

www.spmigrantinnen.ch

SP FRAUEN

Feministisch und sozialdemokratisch – für alle Geschlechter. Wir setzen uns für die Gleichberechtigung aller Geschlechter, den Abbau von Geschlechterdiskriminierung und für eine in allen Themenbereichen geschlechtersensible Politik ein.

www.sp-frauen.ch

JUSO

JUSO steht für Jungsozialistinnen und Jungsozialisten. Wie unser Name sagt, stehen wir für den demokratischen Sozialismus ein. Wir setzen uns ein für eine bessere Schweiz in einer anderen Welt. Jugendliche und junge Erwachsene – egal ob SchülerInnen, junge ArbeiterInnen oder StudentInnen – sind in der JUSO aktiv, planen politische Kampagnen und Aktionen, sammeln Unterschriften, demonstrieren und diskutieren. Von selbst wird sich die Welt nicht retten. Nur wenn wir laut sind, werden wir gehört. Wir wollen ändern, was uns stört. Aktiv werden ist angesagt!

www.juso.ch



MÖCHTEN SIE MEHR WISSEN?

Sozialdemokratische Partei
Kanton Appenzell Innerrhoden

Schmalzgrüebli 079 713 74 84
Kaustrasse 197 071 780 07 23
9050 Appenzell info@sp-ai.ch

Mehr Informationen über die SP AI finden Sie auf der Website www.sp-ai.ch und auf Facebook unter facebook.com/spappenzellinnerrhoden

ABSTIMMUNGSZEITUNG DER SP AI ZUR INNERRHODER LANDSGEMEINDE AM 28.4.2019



FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Liebe Innerrhoderinnen, liebe Innerrhoder

In den letzten 20 Jahren haben sich die Krankenkassenprämien mehr als verdoppelt. Die Real-löhne und Renten sind in dieser Zeit jedoch kaum gestiegen. Für viele Menschen ist die Frage, wie sie die Krankenkassenprämien bezahlen sollen, zu einer Belastung geworden. Dies umso mehr, als nicht nur die Prämien steigen, sondern vielerorts auch die Prämienverbilligungen gekürzt wurden. Auch unser reicher Kanton sparte mit diesen Kürzungen auf dem Buckel des Mittelstands. Die Ständekommission wurde Ende Januar dieses Jahres auf Verlangen der SP aufgefordert, Korrekturen nach den Vorgaben des Bundesgerichts in die Wege zu leiten.

Eine Ursache für die stetig steigenden Gesundheitskosten ist das Gärtchendenken der Kantone. Dies schafft ein Konkurrenzdenken mit einem schädlichen Ausstattungswettbewerb, der uns viel kostet. **Verschiedene Untersuchungen zeigen klar: Bei unkoordiniert ausgebauten Angeboten werden Überkapazitäten erzeugt. Es entstehen wirtschaftliche Fehlanreize. Je mehr Angebote existieren, umso mehr Untersuchungen und Operationen werden durchgeführt, umso höher steigen die Kosten. Mit unnötigen Leistungen wird viel Geld verschwendet!** Schliesslich sollten einmal gebaute Spitäler oder eingerichtete Gesundheitsangebote ausgelastet werden. In unserer Region konkurrieren sich in verschiedenen Kantonen gleich mehrere Spitäler, Kliniken und Praxen der Orthopädie oder Radiologie auf engstem Raum. Dies kommt uns teuer zu stehen.

Die Initiative zur «Versorgungsregion Sântis» packt dieses Problem bei den Wurzeln. Sie trägt zu einer besser koordinierten Zusammenarbeit der drei Sântiskantone SG, AR und AI im gesamten Gesundheitswesen bei. So verhindern wir Überkapazitäten und unnötige Behandlungen. Dies werden wir positiv in unserem Portemonnaie spüren. Zudem steigt die Qualität der Behandlungen, wenn sie nach medizinischen Gesichtspunkten konzentriert werden. Die Innerrhoder Regierung soll mit unseren beiden Nachbarkantonen Verhandlungen zu einer gemeinsamen Versorgungsregion aufnehmen. ExpertInnen – nicht PolitikerInnen – sollen dann entscheiden und koordinieren, wo welche Angebote für eine gute medizinische Versorgung in der Sântisregion Sinn machen.

Wir können unseren eigenen Weg mitbestimmen, bevor ihn uns der Bund vorschreibt. Der Zeitpunkt ist ideal. Denn im Expertenbericht des Bundesamts für Gesundheit (BAG) vom Herbst 2017 zu Kostendämpfungsmassnahmen wird ein «Experimentierartikel» empfohlen, der innovative Projekte ausserhalb des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im kleineren Rahmen ermöglicht. Der Bundesrat behandelt diesen «Experimentierartikel» prioritär. Empfohlen ist auch die Schaffung grösserer Versorgungsregionen. Diese könnten von Bund und Versicherern gefordert werden.

Bei unseren Nachbarkantonen stossen wir auf offene Türen. Packen wir die Chance und stimmen an der Landsgemeinde «Ja» zur «Versorgungsregion Sântis» für tiefere Gesundheitskosten und gesicherte Qualität!

Freundliche Grüsse

Für das Initiativkomitee und über 200 Mitunterzeichnende



Daniela Mittelholzer
Vizepräsidentin SP AI



Martin Pfister
Präsident SP AI



INITIATIVTEXT ZUR VERSORGUNGSREGION

I.

Art. 23 des Gesundheitsgesetzes vom 26. April 1998 wird um einen Abs. 3 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

³ Der Kanton Appenzell Innerrhoden trägt durch überregionale Kooperation zur Kostendämmung im Gesundheitswesen bei. Er schliesst sich zu diesem Zweck auf der Grundlage entsprechender Staatsverträge mit den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und St. Gallen im Bereich der Einrichtungen der Gesundheitsversorgung zur «Versorgungsregion Sântis» zusammen.

II.

Diese Ergänzung tritt nach Annahme durch die Landsgemeinde in Kraft.

FÜNF ARGUMENTE FÜR EIN «JA» ZUR «VERSORGUNGSREGION SÄNTIS»

- Wir stellen sicher, dass unsere Steuergelder und Krankenkassenprämien dort eingesetzt werden, wo Leistungen kostengünstig und in bester Qualität erbracht werden.
- Wir vermeiden Überkapazitäten und schädlichen Wettbewerb.
- Unser Bedarf – und nicht politische Ränkespiele – bestimmt unsere Gesundheitsversorgung.
- Die Qualität der Behandlungen steigt, wenn sie nach medizinischen Gesichtspunkten konzentriert werden.
- Gemeinsam mit AR und SG gehen wir unseren eigenen Weg und warten nicht, bis ihn der Bund uns weist.

WIR DANKEN FÜR JEDE SPENDE

SPENDENKONTO: CH86 0900 0000 6041 9588 4

ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE SP



www.spschweiz.ch/mitmachen



facebook.com/spschweiz



[@spschweiz](https://twitter.com/spschweiz)

STIMMEN AUS FACHKREISEN ZUR VERSORGUNGSREGION



Wünschenswert ist es, gesund zu sein und zu bleiben. Sollten wir trotzdem einmal ein gesundheitliches Problem haben, erwarten wir medizinische Versorgung in bester Qualität und mit tragbaren Kostenfolgen.

In einer gut geplanten Versorgungsregion Sämtis würden wir je nach Anforderung dem zuständigen Spital oder Versorger zugewiesen. Dank der dortigen Spezialisierung, mit den nötigen Einrichtungen und der grossen Erfahrung der Ärzt*innen würden wir bestens behandelt und betreut. Da jedes bestehende Spital sich auf seine Kernangebote konzentrieren könnte, wäre die Behandlung kunstvoll und preisbewusst. Mit einem «Ja» zur Initiative können wir eine gut koordinierte Gesundheitsversorgung mit unseren Nachbarkantonen und damit einem Mehrwert für uns alle erreichen.

SUSANN INAUEN-NAEGELI, APPENZELL PENSIONIERTE PFLEGEFACHFRAU



In der Helvetischen Republik versuchte Napoleon 1798 einen Kanton Sämtis zu schaffen. Glücklicherweise blieb es nur bei einem kurzen Experiment, zu unterschiedlich waren Kultur, Religion, Gesellschaftsstruktur und Tradition.

Wenn es jedoch um die medizinische und pflegerische Versorgung geht, sind die Unterschiede zwischen Menschen nicht sehr gross. Anatomie, Krankheitsbilder und Patientenbedürfnisse gleichen sich sehr. Auch die medizinischen und pflegerischen Behandlungsstandards sind identisch. Es gibt somit keinen Grund, die Gesundheitsversorgung nicht kantonsübergreifend zu organisieren, um damit den neuen Siedlungsstrukturen, gesellschaftlichen Diversitäten und der Mobilität zu folgen und moderne medizinische Technologien, Behandlungskonzepte und die knappen und teuren Ressourcen sinnvoll zu nutzen. Dies ist aus Qualitäts- und Kostengründen zwingend erforderlich. Die geografische Nähe und die vielfältigen Vernetzungen zwischen den Ostschweizer Kantonen sprechen klar für ein gemeinsames Vorgehen. Gestalten wir dieses doch selbst, im Interesse eines qualitativ hochstehenden und bezahlbaren Gesundheitswesens für alle!

PROF. DR. BERNHARD GÜNTERT, TEUFEN AR GESUNDHEITSÖKONOM

KANTON ST. GALLEN ZUR ZUSAMMENARBEIT IM GESUNDHEITSWESEN

Der Regierungsrat zeigt sich in der Beantwortung zweier Interpellationen aus dem Kantonsrat offen für Verbundlösungen und Kooperationen im Gesundheitswesen über die Kantonsgrenzen hinaus. Erste Quelle: Interpellation Müller-Lichtensteig / Widmer-Mosnang / Warzinek-Mels (28 Mitunterzeichnende) vom 21. Februar 2017 (51.17.10): «Kantonsübergreifende Kooperationsmodelle im Spitalwesen»

Zweite Quelle: Interpellation FDP-Fraktion / SVP-Fraktion vom 11. Juni 2018 (51.18.39): «Gesundheitspolitik in funktionalen Räumen denken»

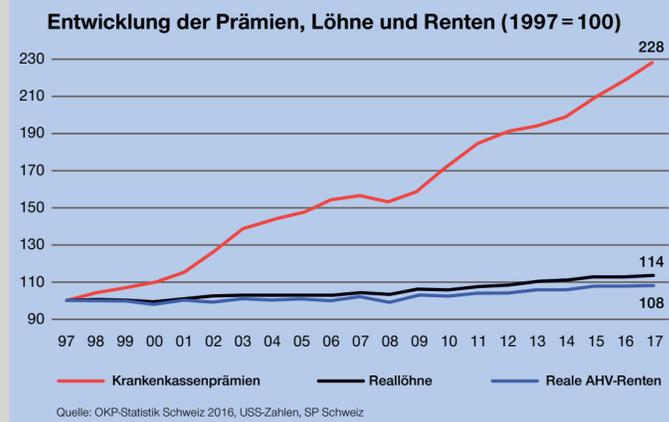
Versorgungsregion Sämtis im

Gesundheitswesen



Stark steigende Krankenkassenprämien

Die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) schützt die Versicherten bei Krankheit, Mutterschaft und Unfall und bietet allen versicherten Personen denselben Leistungsumfang an. Die Bruttokosten in der OKP werden dabei einerseits über die OKP-Prämien bezahlt und andererseits von den versicherten Personen in Form von Kostenbeteiligungen übernommen. Seit der Einführung der OKP sind die Prämien regelrecht explodiert. Um die Situation zu illustrieren, kann man die Entwicklung der Prämien mit jener der Löhne oder der AHV-Renten vergleichen. Die Grafik rechts zeigt den Index der Prämien, Löhne und Renten. Während sich die Prämien seit der Einführung des KVG 1997 mehr als verdoppelt haben, sind die Löhne und Renten nur schwach gestiegen.



Hohe Staatsfinanzierung

Appenzell Innerrhoden hat die niedrigsten Krankenkassenprämien. Im Jahr 2017 betragen in unserem Kanton die durchschnittlichen Bruttokosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) 2681 Fr. pro Person (Statistik: www.obsan.ch). Gemäss aktuellsten Angaben des Bundesamts für Statistik (BFS) bezahlt jedoch unser Kanton in der Ostschweiz im Gesundheitswesen den höchsten Betrag an Staatsfinanzierung pro EinwohnerIn.

Nettofinanzierung 2016 durch Kantone und Gemeinden

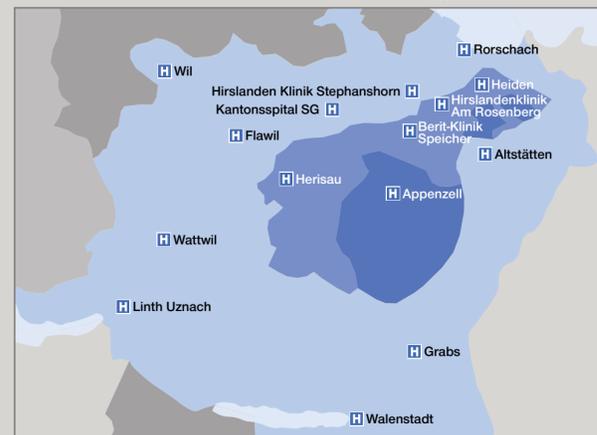
Kanton	Nettofinanzierung 2016 (Fr. pro EinwohnerIn)
AI	1603
GR	1443
SG	1432
AR	1403
SH	1323
GL	1306
TG	1263

Quelle: BFS 1.10.2018, Tabelle T 14.05.02.07

Nettofinanzierung in AI Aufteilung der Kosten im Jahr 2016



Grosse Konkurrenz auf engem Raum



In unserer Region konkurrieren sich mehrere Spitäler und Kliniken auf engem Raum um orthopädische Behandlungen. Dies kommt uns teuer zu stehen. Quelle: Prof. Dr. Bernhard Güntert, Gesundheitsökonom, Präsentation November 2018, SP AI

VERSORGUNGSREGION SÄNTIS

Besser koordinierte Angebote in unserer Region

GUTE BEHANDLUNGSQUALITÄT

und genügend Behandlungsangebote ohne Überkapazitäten

Weniger wirtschaftliche Fehlanreize und weniger unnötige Behandlungen

TIEFERE GESUNDHEITSKOSTEN

Appenzell diskutiert

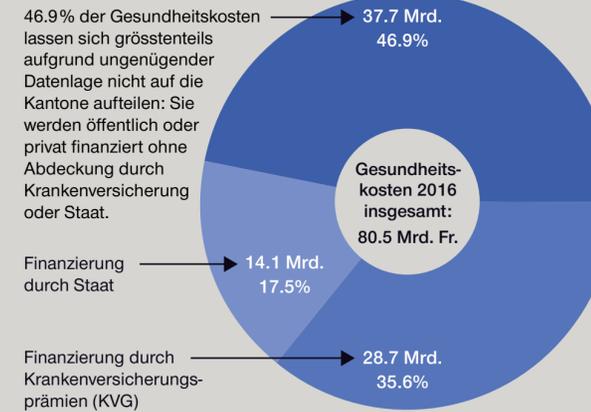
Mehr Medizin heisst nicht mehr Gesundheit

Referat: Dr. med. Brida von Castelberg ehemalige Chefärztin der Frauenklinik Triemli, Zürich

Diskussion: Dr. med. Brida von Castelberg Dr. Andreas Moser, Kantonsarzt

Dienstag, 23. April 2019 um 19.30 Uhr Alters- und Pflegezentrum Alpsteeblick

Gesundheitskosten in der Schweiz 2016



Fehlende Transparenz

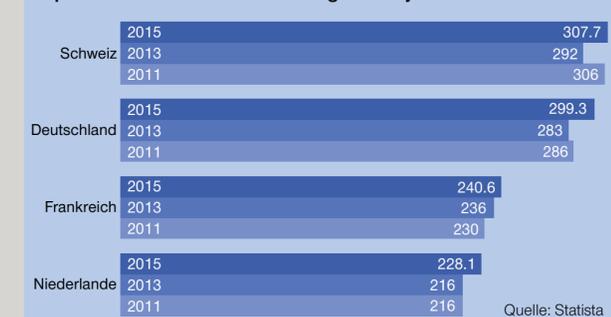
Es ist stossend, dass weder dem Bundesamt für Statistik noch den Kantonen* vollständige Daten zu den Gesundheitskosten vorliegen. Von den Beträgen, welche die Personen jeweils selbst bezahlen (Kosten ohne Abdeckung durch Krankenversicherung) in gesamtschweizerischer Höhe von 23,2 Milliarden Franken lassen sich nur 4,3 Mrd. Franken Krankenkassenbeteiligung auf die einzelnen Kantone aufteilen. Die restlichen 18,9 Mrd. Franken wie auch weitere 14,5 Mrd. Franken öffentliche und private Fi-

nanzierung sind nicht auf die einzelnen Kantone aufteilbar. Wenn es die Kantone mit dem Sparwillen ernst meinen, ist es unerlässlich, dass sie für alle Finanzierungsbereiche im Gesundheitswesen leicht zugängliche Daten als Entscheidungsgrundlage liefern. Es reicht nicht aus, sich nur auf die Angaben von Staat und KVG zu stützen, die lediglich 53,1% der Gesamtkosten im Gesundheitsbereich ausmachen. * Ausnahme: Der Kanton Waadt erhebt selbst Daten oder schätzt sie.

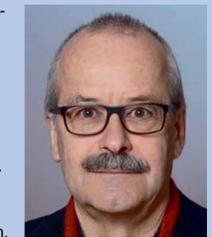
Schweiz Leader bei Hüftoperationen

In der Schweiz wurden im Jahr 2015 mit durchschnittlich 307,7 Hüftgelenkoperationen pro 100.000 Einwohner die relativ meisten Eingriffe vorgenommen. Medizinisch gibt es keine Begründung für diese Häufung. Fakt ist: Überkapazitäten an Behandlungsangeboten führen zu Fehlanreizen und unnötigen Leistungen. Damit wird viel Geld verschleudert.

Implantationen künstlicher Hüftgelenke je 100.000 Einwohner



STIMMEN AUS FACHKREISEN ZUR VERSORGUNGSREGION



Die letztjährige Lands-gemeinde unterstützte den Neubau des Spitals Appenzell. Damit soll die stationäre Grund- und die Notfallversorgung vor Ort gesichert werden. Nun geht es um eine sinnvolle und kostengünstige Organisation, die Doppelspurigkeiten vermeidet. Nur so können wir unsere Prämienbelastung weiterhin einmalig tief halten! Zudem stellen sich auch Fragen der Qualität: Die Sicherheit der Patientinnen und Patienten verlangt nach einer minimalen Anzahl von gleichen Eingriffen. Dafür braucht es aber eine Koordination der Angebote, die nicht an den Kantons-grenzen Halt macht. Für eine Zusammenarbeit bieten sich Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und St.Gallen an. Mit einer koordinierten Planung der Angebote durch die Regierungen, die dafür mit den Spitalisten verantwortlich sind, und der Zusammenarbeit auf der operativen Ebene der Spitalverbände können Akzente für eine Versorgungsregion Sämtis gesetzt werden. Mit einem JA zur Initiative sichern Sie die Qualität der Behandlungen und sorgen dafür, dass unsere Kosten für die Gesundheitsversorgung tief bleiben.

PETER HARTMANN, FLAWIL, KANTONS-RAT SP, MITGLIED KOMMISSION ST.GALLER SPITALPOLITIK

Unsere Krankenkassenprämien steigen jeden Herbst. Gleichzeitig boomen in unseren Kantonen «gewinnbringende» Sparten der Medizin. Sichtbar wird das an grossen Klinikneubauten. Durch dieses Überangebot wird eine Nachfrage über die Kantons-grenzen hinweg geschaffen. Diese unnötige Überversorgung finanzieren wir Prämien- und Steuerzahler*innen. Andererseits sollen «nicht lukrative» Spitäler geschlossen werden. Das führt zu einer lokalen Minderversorgung für ältere Patient*innen. Bekämpfen können wir dieses Ungleichgewicht sowie damit verbundene steigende Prämien nur über die Kantons-grenzen hinweg. Die «Versorgungsregion Sämtis» ist ein wichtiger und notwendiger Schritt in diese Richtung. Es würde mich freuen, wenn die Lands-gemeinde vom 28.04.2019 der Initiative der SP AI zustimmt.

DANIEL TAPERNOUX, TROGEN BERATER ARZT SCHWEIZERISCHE STIFTUNG SPO PATIENTENSCHUTZ

APPENZELL AUSSERRHODEN ZUR ZUSAMMENARBEIT IM GESUNDHEITSWESEN

Der Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden signalisiert in der Beantwortung zweier Interpellationen im Kantonsrat grundsätzlich Offenheit zur Planung der Gesundheitsversorgung über die Kantons-grenzen hinaus. Quelle: Wortprotokoll der Verhandlungen des Kantonsrats vom 24. September 2018: Traktandum 16: Interpellation Ralf Menet, Herisau: «Gesundheitspolitik in funktionalen Räumen denken». Traktandum 17: Interpellation der Kantonsratsfraktion der FDP. Die Liberalen: «Spitalplanung Ostschweiz»